

hoben werden häufig auch die Jobs, die durch die Investitionen entstanden. Aber, soweit bekannt, gibt es keine Vorgaben für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Verträgen. Die Zahl neuer Arbeitsplätze lässt sich schwer quantifizieren, doch bisherige Erfahrungen zeigen, dass es augenscheinlich nur wenige zusätzlich geschaffene Stellen gibt. Und zu guter Letzt sollen Steuereinnahmen in die Kassen der Regierungen dieser Länder fließen. Um jedoch die Investoren anzulocken, werben Regierungen geradezu mit Steuererleichterungen und dem zollfreien Import von Anlagen. Recherchen zufolge werden Steuern kaum eingezogen.

Weltbank-Projekte auf Eis legen

Die Weltbankgruppe spielt in Landfragen eine bedeutende Rolle, da sie großflächig in Land investiert, die Landvergabe-Politik armer Länder beeinflusst und Standards für die internationale Gemeinschaft

Landrechte durch die Weltbank dokumentieren. Oxfam fordert die Weltbank auf, großflächige Land-Akquisitionen für sechs Monate ruhen zu lassen und ihre Politiken und Programme im Landbereich zu überprüfen.

Biokraftstoffvorgaben abschaffen

Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich im Jahr 2009 verpflichtet, bis 2020 10% ihrer Energie im Transportbereich aus erneuerbaren Ressourcen zu beziehen. 90% dieses erneuerbaren Energieverbrauchs im Transportsektor wird aus Nahrungsmitteln (1. Generation Biosprit) hergestellt. Die Nachfrage nach Biosprit in der EU und andernorts führt dazu, dass die Nachfrage nach Land für die Produktion von Energiepflanzen permanent steigt.

Nach einem Bericht der International Land Coalition wurden im letzten Jahrzehnt auf 26% der gekauften und gepachteten Flächen

Das verkaufte oder verpachtete Land geht in der Regel der einheimischen Nahrungsmittelproduktion verloren.

setzt. Die Investitionen der Weltbankgruppe in die Landwirtschaft sind in den letzten zehn Jahren um 200% gestiegen. Die International Finance Corporation (IFC), der Privatsektor-Bereich der Weltbank, setzt Standards, die von vielen Investoren befolgt werden. Die eigenen Recherchen der Weltbank zeigen, dass die meisten großflächigen Landgeschäfte genau in den Ländern getätigt werden, die den geringsten Schutz von Landrechten aufweisen. Seit 2008 wurden 21 Beschwerden von Gemeinden eingereicht, die Verletzungen ihrer

Non-Food-Pflanzen angebaut, auf 23% der Flächen sog. Flex Crops, also Pflanzen, die je nach Marktlage als Nahrungsmittel, Futtermittel oder für die Biospritproduktion eingesetzt werden können, und 17% der Flächen für „vielfältige Nutzungen“. Ein Großteil der Flächen können also für die Produktion von Biosprit verwendet werden. Der Einsatz von Nahrungsmitteln für die Biospritproduktion hat derart massive negative Auswirkungen für Mensch und Umwelt – Preisexplosion bei Nahrungsmitteln, Vertreibung von Kleinbauern und



Foto: Martin Eichler

Kleinbäuerinnen, Abholzung von Regenwäldern, Verlust der Artenvielfalt durch den massiven Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden etc. – , dass die Biospritpolitiken auf den Prüfstand gehören. Die Beimischungsquoten für Biosprit sollten abgeschafft werden.

Freiwillige Leitlinien für Investoren und Regierungen

Vielfältige Studien von Entwicklungsorganisationen machen deutlich, dass die großflächigen Landgeschäfte regelmäßig zu Konflikten über Eigentum und Nutzungsrechte führen, bei denen vorherige Nutzer, sprich Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, Hirtenvölker und indigene Gemeinschaften, oft benachteiligt werden. Daher hat sich der UN-Welternährungsausschuss mit dem Thema „Landgrabbing“ beschäftigt.

In einem dreijährigen Prozess verhandelten die Vertreter/-innen von Staaten, Zivilgesellschaft und Wirtschaft die „Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern im Kontext nationaler Ernährungssicherheit“.

Am 11. Mai 2012 hat der UN-Welternährungsausschuss die Leitlinien einstimmig angenommen. Mit diesem freiwilligen völkerrechtlichen Dokument liegen jetzt universell anerkannte Standards einer menschenrechtlich verantwortlichen Landpolitik vor. Das macht die Stärke dieses Dokuments aus.

Neue Regeln für das Land umsetzen

Werden die Leitlinien umgesetzt, kann sich die Situation von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen in den armen Ländern wesentlich verbessern. Die Rechte besonders armer und an den Rand gedräng-

ter Bevölkerungsgruppen könnten besser als bisher geschützt werden. Die Leitlinien sehen vor, dass ihr Zugang zu Ressourcen, von denen ihr Einkommen und ihr Überleben abhängt, gesichert wird, oder sollte das Land anders genutzt werden, sie angemessen zu entschädigen sind. Darüber hinaus ist festgelegt, wie die Beteiligung aller Betroffenen sichergestellt und wie traditionelle sowie informelle Nutzungsrechte abgesichert werden können. Außerdem wird beschrieben, wie die Interessen indigener Völker zu berücksichtigen sind. Die Korruptionsbekämpfung hat dabei einen hohen Stellenwert.

Durchsetzen lassen sich solche Standards nur, wenn die Zivilgesellschaft sie einfordert, Regierungen sie zur Orientierung nutzen und Unternehmen, die in Land investieren, sich an die beschriebenen Verfahren und Absicherungen für besonders benachteiligte Gruppen halten.

Die deutsche Entwicklungspolitik ist aufgerufen, diese Leitlinien zum Maßstab ihres Handelns bei der Beratung und Unterstützung von Partnerländern zu machen. Private Investoren sollten die Leitlinien ebenfalls als Mindeststandard nutzen, um ihrer menschenrechtlichen Verantwortung gerecht zu werden. ■

Marita Wiggerthale arbeitet bei Oxfam als Referentin für Welternährungsfragen. Sie ist Jahrgang 1964 und hat

Politik, Wirtschaft und Pädagogik auf Magister studiert.



Kontakt: <http://www.oxfam.de/>